

Aktuelles aus dem Abgeordnetenhaus Nr. 30, März 2011

Uwe Doering, MdA

Parlamentarischer Geschäftsführer

Linksfraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin

fon: 23 25 – 25 10, fax: - 2515

doering@linksfraktion-berlin.de, www.uwe-doering.de

KONFERENZ Soziale Wohnungspolitik für Berlin

Segregation verhindern, Bevölkerungsvielfalt in den Wohnquartieren erhalten

Dienstag 22. März, 10.30–17.30 Uhr

Pfefferberg Haus 13, Christinenstr. 18–19 10119 Berlin

www.helle-panke.de, www.linksfraktion-berlin.de

05.03.2011 Beschluss der Fraktionsklausur

Bausteine für eine neue soziale Wohnungspolitik für Berlin

hier: Finanzierung von Wohnungsneubau mit sozial tragbaren Mieten

Steigende Bestands- und Angebotsmieten sowie steigende Nebenkosten bei gleichzeitig stagnierenden Einkommen signalisieren einen angespannten Wohnungsmarkt. Der sinkende Wohnungsleerstand bei weiterhin unvermindertem Zuzug nach Berlin führt zu einer niedrigeren Wohnraumversorgung. In einigen Stadtgebieten ist der Leerstand bereits auf einen Wert gesunken, der nahezu auf Vollvermietung verweist. Nach Wohnungsgrößen und Preisklassen ist der Wohnungsmarkt insbesondere bei kleineren Wohnungen im unteren Preissegment angespannt.

In den vergangenen Jahren wurden im Durchschnitt rund 3.000 Wohnungen jährlich gebaut. Das konnte nicht ausreichen, um den Wohnungsmarkt zu entspannen, zumal sich der Neubau auf das Hochpreissegment konzentriert und etliche Wohnungen durch Umnutzung oder Umwandlung dem Mietwohnungsmarkt verloren gegangen sind. Deshalb setzt sich die Linksfraktion dafür ein, dass als ein Baustein einer neuen sozialen Wohnungspolitik für Berlin der Neubau von bezahlbaren Wohnungen angeregt wird.

Der zusätzliche Neubau in einer Größenordnung von weiteren 3.000 Wohnungen soll für Haushalte mit geringem bzw. durchschnittlichem Einkommen zur Verfügung gestellt werden und einer Mietpreis- und Belegungsbindung unterliegen. Diese Wohnungen sollen überwiegend von den sechs städtischen Wohnungsbaugesellschaften, aber auch von Genossenschaften, Baugruppen und privaten Investoren errichtet werden.

Die sechs städtischen Wohnungsbaugesellschaften sollen in die Lage versetzt werden, den kommunalen Wohnungsbestand wieder erkennbar auszuweiten. Hier kommen sowohl Zukäufe als auch der Neubau von Wohnungen in Frage. Angesichts der hohen Erwartungen, die wir an die städtischen Wohnungsbaugesellschaften haben, ist von der derzeitigen Renditeerwartung abzusehen. Die Renditen sollen zukünftig für die Stärkung der Eigenkapitaldecke der städtischen Wohnungsbaugesellschaften eingesetzt werden.

Über eine Neuausrichtung der Liegenschaftspolitik des Landes soll es den städtischen Wohnungsbaugesellschaften ermöglicht werden, Wohnungen neu zu bauen. Der Erwerb von landeseigenen Grundstücken soll für die städtischen Wohnungsbaugesellschaften auch über

Erbpachtverträge möglich sein. Darüber hinaus ist zu prüfen, ob dies über niedrige Zinskonditionen möglich ist.

Der Wegfall der Anschlussförderung für 28.000 Wohnungen im so genannten Sozialen Wohnungsbau hat dazu geführt, dass zunehmend einerseits in Teilen der Innenstadt die Kostenmiete als Verdrängungsinstrument eingesetzt wird und andererseits die Insolvenzen privater Wohnungsgesellschaften steigen. Dem wollen wir eine Insolvenzstrategie zur Übernahme ehemals öffentlich geförderter Sozialwohnungen in den kommunalen Bestand entgegensetzen. Zudem soll geprüft werden, ob die Kostenmieten, die derzeit erhoben werden, tatsächlich auf einer rechtlichen Grundlage stehen. Es soll geprüft werden, wie die Berliner Wohnungsbestände der Berliner Immobilien Holding (BIH) wohnungspolitisch eingesetzt (und einzelne Wohnungsbestände durch städtische Wohnungsbaugesellschaften übernommen) werden können.

Die Linksfraktion spricht sich dafür aus, dass zukünftig auch private Investoren z.B. in Fördergebieten nach besonderem Städtebaurecht oder bei Erwerb von städtischen Grundstücken aus dem Liegenschaftsfonds über Kooperationsvereinbarungen verpflichtet werden können, einen bestimmten Anteil an Wohnungen befristet mit Mietpreis- und Belegungsbindung zu versehen.

Vorab zur 79. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 17. März 2011

Im Rahmen der Aktuellen Stunde der 79. Sitzung der Berliner Abgeordnetenversammlung werden die Parteien auf Antrag der SPD die notwendigen Konsequenzen aus der Naturkatastrophe in Japan diskutieren. Der Fraktionvorsitzende der Partei DIE LINKE, **Udo Wolf**, bedauert die tragischen Vorfälle und drückt allen Opfern und Hinterbliebenen sein tiefstes Mitgefühl aus. Gleichzeitig fordert Udo Wolf von der Bundesregierung eine konkrete Perspektive für den Ausstieg aus der Risikotechnologie Atomkraft.

Das durch die Bundesregierung ausgesprochene Moratorium verurteilt der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Berliner Abgeordnetenhaus als "Taschenspielertrick". Notwendig seien Konsequenzen, die weit über die bevorstehenden Landtagswahlen hinausreichen. Dass ein dezentrales und regeneratives Energiekonzept möglich ist, zeige das Konzept der Berliner Stadtwerke, so Udo Wolf.

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE und der SPD wird morgen im Abgeordnetenhaus außerdem das Berliner Seniorenmitwirkungsgesetz diskutiert. Die seniorenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, **Minka Dott**, wird darstellen, welche positiven Ergebnisse eine stärkere Mitwirkung der Seniorinnen und Senioren am gesellschaftlichen Leben im Land Berlin haben wird, wie sie durch die Gesetzesänderung ermöglicht wird.

Können wir uns unsere Wohnung noch leisten?

Wie entwickelt sich der Wohnungsmarkt in Berlin. Was hat DIE LINKE für Konzepte gegen die immer stärker steigenden Nebenkosten?

Es diskutieren:

Uwe Doering

Bau- und wohnungspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin

Ralf Prengel, Adlershofer Hauseigentümer

angefragt bei **Stadt und Land Wohnbauten Gesellschaft mbH**

Freitag, 18. März 2011 um 18.00 Uhr

im Bürgersaal der Alten Schule, Dörfeldstraße 54, 12489 Berlin